

# Rückkehr ins Ungewisse

Syriens Wiederaufbau brauchte einen Marshallplan – die Wirklichkeit besteht aus Blockaden und Embargos

Viele vom Krieg vertriebene Syrer wollen nach Hause und ihr Leben neu aufbauen. Aus Libanon zum Beispiel reisten seit Dezember 2017 172 000 syrische Flüchtlinge nach Syrien zurück. Der Zustrom hält an.

Von Karin Leukefeld, Damaskus

Millionen Syrer wurden in dem seit 2011 andauernden Krieg entwurzelt, flohen in vom Krieg nicht unmittelbar betroffene Landesteile, in Nachbarstaaten oder nach Europa. In dem Maße, wie es den Regierungstruppen gelingt, Territorien zu befrieden, kehren Menschen zurück, ob aus Libanon oder seit Oktober aus Jordanien in den Südosten über den wiedereröffneten Grenzübergang Nasib.

Dazu zogen mehr als eine Million Inlandsvertriebene aus ihren Zufluchtsorten in Damaskus, Homs, Aleppo oder dem Küstengebirge wieder in ihre Heimatorte und begannen dort mühsam mit einem meist provisorischen Wiederaufbau.

Alle wollen die schrecklichen Spuren des bislang achtjährigen Krieges hinter sich lassen. Doch ein schwerwiegendes Hindernis blockiert den Neubeginn: Die Wirtschafts- und Finanzsanktionen der Europäischen Union und der USA. Sie strangulieren das Land. Notwendige Hilfe zum Wiederaufbau wird von Brüssel, Berlin, Paris und London mit politischen Bedingungen verknüpft.

## Das Zuhause lag mitten in der Frontlinie

Stolz führt Victoria Jabbour durch ihr Haus in der Altstadt von Homs. Alles ist frisch gestrichen, neue Türen, neue Fenster, Küche und Bad sind installiert. Es gibt wieder Strom und Wasser. Große Löcher in den Wänden, die von Mörsergranaten geschlagen worden waren, wurden geschickt in einen neuen Durchgang zwischen zwei Räumen umgestaltet. Das Haus der Familie Jabbour liegt am Rande von Hamidiye in der Altstadt von Homs. Während der Kämpfe um die Altstadt von 2012 bis 2014 verlief hier eine Frontlinie.

Vom Balkon blickt Victoria auf die Trümmer des Panzers, der 2012 von den bewaffneten Oppositionellen in die Luft gesprengt worden war. Damals flogen Splitter, Metall- und Menschenteile bis in ihr Zimmer hinein, erinnert sie sich. Die Eltern nahmen ihre beiden Kinder und flohen nach Fairuz, einen christlichen Ort etwa zehn Kilometer östlich von Homs. Dort lebten sie sechs Jahre lang, wie Millionen andere Syrer vertrieben im eigenen Land. Im Herbst 2017 richteten die Jabbours sich provisorisch im Untergeschoss ihres Hauses ein, um mit dem Aufräumen zu beginnen. Weihnachten 2018 verbrachten sie im frisch renovierten Zuhause.

## Das Elternhaus von Victoria ist umgeben von Ruinen

Im Hintergrund ragen Kuppel und Minarett der frisch renovierten Khalid-Ibn-al-Walid-Moschee in den Himmel. In die Häuser auf der anderen Straßenseite sei auch fünf Jahre nach dem Ende des Kampfes um die Altstadt noch niemand zurückgekehrt. Auf ihrer Seite der Straße seien drei Familien wieder eingezogen. Eine weitere Familie fange gerade an, ihr Haus zu renovieren.

Der Vater von Victoria ist Bauingenieur und leitete die Renovierung des eigenen Hauses, die fast die gesamten Familiensparnisse verbrauchte. Sie habe ihrem Vater geholfen, strahlt Victoria. Das sei für sie das beste Praktikum gewesen, und sie habe entschieden, auch Bauingenieurin zu werden. Sie werde in Homs studieren und könne später im Büro ihres Vaters mitarbeiten. Es sei zwar während der Kämpfe schwer beschädigt worden, doch der Wiederaufbau werde bald beginnen.

Victoria wirkt glücklich, auch wenn das Elternhaus von Ruinen umgeben ist. Freunde und Freundinnen aus der Nachbarschaft und aus der Schule sind während des Krieges mit ihren Eltern weggezogen. Nur wenige seien zurückgekehrt, erzählt sie: »Einige Freunde aus der Nachbarschaft hatten sich den Terroristen angeschlossen. Sie kommen sicher nicht zurück, und ich möchte sie auch nicht mehr sehen.«



Flüchtlinge kehren bei Qalamoun über die libanesische Grenze zurück nach Syrien.

Foto: dpa/Amman Safarjalani

Häuser können wieder aufgebaut werden, sagt der Jesuitenpater Michael Zamit im Jesuiten-Gemeindezentrum in Bustan, einem anderen Viertel der Altstadt. »Aber die Menschen brauchen mehr als Steine und Zement, sie brauchen Arbeit.«

Pater Michael stammt aus Malta und ist in Homs, um die Erinnerungsfest zum Gedenken an den niederländischen Jesuiten Frans van der Lugt zu begleiten. Vor fünf Jahren, am 7. April 2014, war Pater Frans im Jesuitenzentrum in Bustan ermordet worden. Seit den frühen 70er Jahren hatte der ausgebildete Psychotherapeut in Syrien gelebt und war Christen und Muslimen weit über Homs hinaus ein Freund geworden. Während des Krieges war van der Lugt in der Altstadt geblieben und hatte sich für eine Verhandlungslösung eingesetzt. Nur wenige Tage vor seinem 75. Geburtstag und wenige Tage, bevor die unter seiner Mitwirkung verhandelte Evakuierung der Kämpfer in Kraft treten sollte, hatte ein maskierter Mann ihn mit einem Kopfschuss geradezu hingerichtet.

Jeder Mensch habe das Recht auf Arbeit, sagt Pater Michael. Auf die Frage, wie das bewerkstelligt werden könnte, kommt die Antwort prompt: »Syrien braucht einen Marshallplan, es braucht Hilfe für den Wiederaufbau.« Er habe gehört, dass bei einer Syrien-Geberkonferenz in Brüssel Mitte März sieben Milliarden Dollar Hilfe für Syrer versprochen worden sei, doch Unterstützung für den Wiederaufbau werde mit Bedingungen verknüpft: »Die Forderung nach politischen Veränderungen hat für die Menschen hier keine Bedeutung«, ist der Pater überzeugt. »Als der Krieg am heftigsten tobte, hofften alle, dass es

besser werde, wenn die Waffen erst einmal schweigen. Jetzt schweigen die Waffen, aber es wird nicht besser. Die Menschen brauchen keine Hilfspakete, sie brauchen Arbeit, um den Weg zurück in ein Leben in Würde zu finden.«

## Auch in Deraa hält der Druck auf die Menschen an

Das bestärkt auch Bashar Shedeed, der im Gemeindezentrum in der süd-syrischen Stadt Deraa arbeitet. »Das Embargo nimmt uns die Luft zum Atmen«, sagt er und greift sich an den Hals. »Die Sanktionen sollen Reiche treffen, aber sie treffen die Armen.«

Das Zentrum für Ökumenische Beziehungen und Entwicklung gehört zum Griechisch-Orthodoxen Patriarchat von Antiochien und dem Osten und arbeitet in vielen Orten in Syrien. Das Gemeindezentrum in Deraa liegt direkt neben der Griechisch-Orthodoxen Kirche. Seit 2012 werden hier Menschen registriert, die Hilfe brauchen. Decken, Matratzen, Wasserkanister, Küchenutensilien und Hygieneartikel werden verteilt, zählt Shedeed auf. Auch Lebensmittel erhielten die Menschen.

Schulen würden renoviert und repariert, Kinder würden unterrichtet, um in der Schule wieder Anschluss zu finden. Ja, fügt er auf Nachfrage hinzu, »psychologische Hilfe gibt es auch, leider zu wenig.« Während der Kriegsjahre hätten sie Zehntausende von Menschen versorgt: »Obdachlose, Inlandsvertriebene, Rückkehrer«, zählt der Gemeindeführer auf. »Die Menschen kamen sogar aus Deir ez-Zor im Westen des Landes bis hierher auf der Suche nach Sicherheit.«

Inzwischen hätten die meisten der Inlandsvertriebenen Deraa wieder

verlassen und kehrten in ihre ursprünglichen Orte zurück. Nun kämen Rückkehrer aus Jordanien und sogar aus Europa. »Wir haben gehofft, dass die Lage allmählich besser wird, doch der Druck bleibt erhalten«, sagt Shedeed.

Es fehlt vor allem an Energie, erläutert in Damaskus der Geschäftsführer einer mittelständischen Importfirma. Die Stromversorgung wird wieder rationiert. Die syrischen Ölressourcen im Osten des Landes würden von den Kurden kontrolliert, die Amerikaner hinderten sie daran, Öl und Gas nach Aleppo, Homs und Damaskus zu liefern. Tankschiffe, die syrische Häfen anlaufen wollten, seien von der US-Marine im Mittelmeer daran gehindert worden. Transport- und Versicherungsfirmen würden aus Angst, von den USA mit Sanktionen bestraft zu werden, keine Schiffe für Transporte nach Syrien vermieten und keine Ladung versichern. Aus der gleichen Sorge heraus habe auch Libanon Öl- und Gaslieferungen eingestellt. Und der Handelsattaché der US-Botschaft in Amman habe die Mitglieder der jordanischen Industrie- und Handelskammer aufgefordert, den Handel mit Syrien zu stoppen, sonst hätten auch sie mit Strafen zu rechnen.

## Unterstützung für Küchengärten und die Produktion von Honig

Um die Folgen von Krieg und Sanktionen zu mildern, gibt es weiterhin Hilfe von den Vereinten Nationen in Syrien. Das Welternährungsprogramm (WFP) erreicht monatlich 3,5 Millionen Syrer in 14 Provinzen, sagt Marwa Awad, die Sprecherin des WFP in Damaskus, im nd-Gespräch. Idlib werde aus der Türkei in einer

»grenzüberschreitenden Hilfsoperation« erreicht. Deutschland ist der größte Geber für die Nahrungsmittelhilfe des WFP-Programms in Syrien.

Mit Hilfe anderer, finanziell kleinerer Geberländer habe das WFP in der Provinz Homs die Voraussetzungen geprüft, um Familien mit kleinen existenzsichernden Projekten eine Starthilfe zu geben. Ein erfolgreiches Projekt sei die Honigproduktion. 2000 Familien hätten Bienenkörbe erhalten, den Honig verarbeitet und verkauft. Die Produktion habe sich inzwischen vervierfacht und gebe heute mehr Menschen Arbeit. Nach einem ähnlichen Prinzip funktionieren das Projekt »Küchengarten«, erläutert die Welternährungsprogramm-Sprecherin. Familien, die einen Garten haben, erhalten Saatgut und Pflanzen, um Obst und Gemüse zu ziehen. Die Früchte werden verarbeitet und auf dem lokalen Markt verkauft. Allein 2018 konnte das WFP mit dem »Küchengarten-Projekt« 200 000 Menschen in zwölf der 14 Provinzen erreichen.

Mit Hilfe der japanischen Regierung seien in Homs zudem drei große Bäckereien wieder hergestellt oder modernisiert worden. Jede Bäckerei versorge rund 15 000 Personen und gebe Menschen Arbeit. Das trage dazu bei, dass Leute in ihre Wohnviertel zurückkehrten, so Awad: »Sie haben wieder Hoffnung, ihr Leben neu beginnen zu können.« Vor dem Krieg habe niemand Hunger gelitten in Syrien, diesen Zustand wollten die Menschen zurück. »Mit existenzsichernden Projekten können wir die Menschen dabei unterstützen. Als WFP wollen wir nicht für immer in diesem Land bleiben.«

## Europarat stimuliert den Schwarzmarkt

UN-Sonderberichterstatter zeigt sich alarmiert

Der Mangel an Öl und Gas verringert und verteuert die Produktion und den Transport. Firmen müssen Kurzarbeit einführen oder ganz schließen. Für die Verbraucher wird alles teurer. Wirtschaftssanktionen fördern Korruption und den Schwarzmarkt, auf dem Heizöl und Gas für ein Vielfaches des staatlich festgelegten Preises zu haben sind. Um das zu verhindern erhalten die Syrer von der Regierung neuerdings eine »Smart Card«, mit der sie alle 23 Tage eine Flasche Kochgas und eine bestimmte Menge Heizöl zum festgeschriebenen Preis kaufen können. Autobesitzer erhalten mit einer weiteren Karte täglich 20 Liter Benzin. Für eine längere Strecke nach Homs, Latakia, Aleppo oder Deir ez-Zor gibt es entsprechend mehr. Taxifahrer haben ein monatliches Sonderkontingent.

Verantwortlich für den Mangel und die Wirtschaftsblockade sind die »einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen«, die erstmals im Mai 2012 vom Europarat gegen Syrien verhängt und seitdem jährlich verlängert wurden. Hinzu kommen US-Finanzsanktionen, die Anfang des Jahres mit dem CAESAR-Gesetz verschärft wurden. Danach wird jeder, der mit einem syrischen Unternehmen Geschäfte macht, mit der Sperre seiner Konten bedroht. Möglich ist das, weil der internationale Warenverkehr in US-Dollar abgewickelt wird.

Der UN-Sonderberichterstatter über die Folgen von Wirtschafts-sanktionen, Idriss Jazaïry aus Algerien, zeigte sich nach einer Reise durch Syrien im Frühjahr 2018 alarmiert. Die Strafmaßnahmen richteten sich angeblich gegen die syrische Führung, doch Leidtragende seien zuerst die Menschen in Syrien, deren Situation neben dem Krieg ebenso durch die Sanktionen erschwert wird. Kurz darauf, im Mai, stimmte der Europarat erneut für die Verlängerung der Sanktionen. Die nächste Abstimmung über die Fortsetzung der Sanktionen steht im kommenden Mai an. Karin Leukefeld



Jesuitenpater Michael am Grab des Niederländers Frans van der Lugt



Victoria – stolz auf das Wiederaufgebaute inmitten von Ruinen Fotos: Karin Leukefeld